

Bayerisch-Österreichisches Memorandum zur Europäischen Energieunion

27. Oktober 2016

Hintergrund

Die Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) ist die Interessenvertretung von mehr als 480.000 Unternehmen. Der Bayerische Industrie- und Handelskammertag e.V. (BIHK) repräsentiert etwa 980.000 bayerische Unternehmen.

WKÖ und BIHK unterstützen das Zusammenrücken der Mitgliedsstaaten der europäischen Union in einer europäischen Energieunion. Auf dem Weg zur Energieunion ist der europäische Energiebinnenmarkt zu vollenden. Derzeit gibt es bei leitungsgebundenen Energien noch erhebliche Restriktionen an Staatsgrenzen, die es so rasch wie möglich zu überwinden gilt.

Europas Energiesystem befindet sich in einer tiefgreifenden Veränderung: Der Anteil erneuerbarer Energien nimmt stetig zu, dem Klimaschutz wird immer größere Bedeutung zugeschrieben. Dies bringt Chancen, die es zu nutzen gilt, aber auch Herausforderungen, insbesondere für die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit auf sehr hohem Niveau.

Daher muss gemeinsam und intensiv an der Umgestaltung des europäischen Energiesystems gearbeitet werden. Nur in einem integrierten EU-weiten Strommarkt kann Strom den Verbrauchern, Unternehmen und Haushalten, jederzeit so kosteneffizient wie möglich geliefert werden. Laut einer Studie der Prognos AG aus dem Jahr 2015, könnten im Rahmen eines europäischen Binnenmarktes Erzeugungskapazitäten in Höhe von 34 Gigawatt gespart werden.

Ein Wandel hin zu einem nachhaltigeren Energiesystem darf nicht in einer Renationalisierung der Energiepolitik resultieren.

Unsere Handlungsempfehlungen

- **Ambitionierte, aber realistische Ziele:** Die energie- und klimapolitischen Ziele der EU müssen realistisch und unter Berücksichtigung von wirtschaftlichem Wachstum umsetzbar sein. Es ist darauf hinzuwirken, dass andere Wirtschaftsräume vergleichbare Anstrengungen unternehmen.
- **Abbau von Engpässen an Staatsgrenzen:** Energieunion bedeutet den Abbau von Grenzen zwischen den Mitgliedsstaaten, Energie muss frei über Grenzen fließen können, Engpässe sind abzubauen. Ein gut funktionierendes Stromverbundnetz ist für die Energieversorgungssicherheit Europas und für mehr Wettbewerb im Binnenmarkt mit wettbewerbsgerechteren Preisen von entscheidender Bedeutung. Das seit langem proklamierte Ziel eines offenen Energiebinnenmarkts muss endlich Realität werden.

- **Der einzige grenzüberschreitende Strommarkt darf nicht zerstückelt werden:** Daher lehnen WKÖ und BIHK die Trennung der deutsch-luxemburgisch-österreichischen Strompreiszone ab. Sie verteuert die Energiepreise und gefährdet die Versorgungssicherheit. Sie widerspricht ganz klar der Grundidee der Energieunion. Es wäre ein Schritt in die falsche Richtung zum denkbar ungünstigsten Zeitpunkt.
- **Die Förderung erneuerbarer Energien unionsweit denken:** Förderungen für erneuerbare Energien sollen grenzüberschreitend koordiniert werden. Heute noch förderungsbedürftige erneuerbare Energieformen müssen langfristig vollständig in den Markt integriert werden. Einspeiseförderungen sind im Einklang mit den europäischen Leitlinien durch Instrumente zu ersetzen, die Raum für Optimierungen durch die Marktakteure geben (Ausschreibungen, fixe Marktprämien, Eigenverbrauchsanlagen).
- **Industriestandort Bayern und Österreich mit wettbewerbsfähigen Strompreisen stärken:** Bayern und Österreich sind bedeutende Industriestandorte, die Industrialisierungsquote liegt weit über dem europäischen Mittelwert. Beim Umbau des Emissionshandelssystems ist darauf zu achten, dass für die beiden Industriestandorte keine Nachteile entstehen. Ein liberalisierter europäischer Energiemarkt muss wettbewerbsfähige Preise, Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit für Unternehmen gewährleisten. Eine klare und unverzerrte Preisentwicklung am Spotmarkt würde Marktteilnehmern Anreize bieten und helfen Angebot und Nachfrage besser zu koordinieren
- **Anreizwirkung des Emissionshandels richtig designen:** Best Performer müssen im Emissionshandel entsprechend ihrem Bedarf in vollem Umfang Gratiszertifikate erhalten. Damit wirkt für andere Unternehmen ein starker Anreiz, technologisch aufzuschließen. Daher sprechen wir uns gegen die Verwässerung durch einen „Tiered Approach“ aus, der keinen ausreichenden Schutz vor der Abwanderungsgefahr bietet. Die derzeitigen Vorschläge der Europäischen Kommission sowie Änderungswünsche des Europäischen Parlaments bedürfen der Überarbeitung, um Schaden für die Wirtschaftsstandorte Österreich und Bayern abzuwenden.

Diese sechs Anliegen werden wir gemeinsam auf europäischer Ebene und in unseren Mitgliedsstaaten einbringen, um das Ziel einer nachhaltigen Energieunion ohne Kollateralschäden für die Wertschöpfung und das hohe Beschäftigungsniveau zu erreichen.

Bayerischer Industrie-
und Handelskammertag e. V.

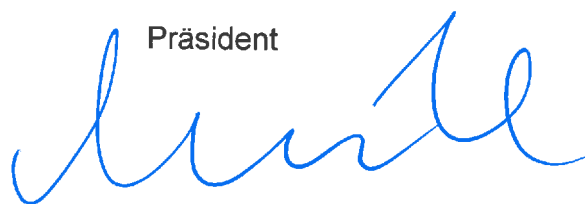
Präsident



Dr. Eberhard Sasse

Wirtschaftskammer Österreich

Präsident



Dr. Christoph Leitl